

Tagesordnungspunkt 3

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Südost am 30. Juni 2016

Umsetzung der 2. Stufe der neuen Straßenreinigungssystematik unter Einbeziehung der Rückmeldungen der Ortsbeiräte und Änderung der Straßenreinigungssatzung

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE:

Der Ortsbeirat Südost bekräftigt seine Beschlüsse vom 03.12.2015 und 04.02.2016 und fordert den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung **bzw die Stadtverordnetenvorsteherin** auf,

- 1) die alte Straßenreinigungssatzung in der bis zum 31.12.2015 geltenden Fassung fortzuführen,
- 2) eine stadtteilbezogene BürgerInnenversammlung durchzuführen und den BürgerInnen die „wissenschaftlichen“ Grundlagen der Systematik für alle Straßen offenzulegen,
- 3) dem Ortsbeirat Südost auf seinen Beschluss vom 04.02.2016 (16-O-05-003) zu antworten und den Ortsbeirat darüber zu informieren (aktualisiert auf den Stand 30.06.2016), wie viele und welche Beschwerden zur neuen Reinigungssatzung aus dem Bereich des Ortsbeirates in den städtischen Ämtern eingingen und aufzulisten, aus welchen Straßen diese Beschwerden kamen.

Begründung:

Zu 1) Auch durch die nunmehr vorliegende 2te Stufe der neuen Straßenreinigungssatzung in ihrer modifizierten Form kommt auf die BürgerInnen in Südost eine Kostenlawine an zusätzlichen Gebühren zu. Von den aufgelisteten 144 Straßen(abschnitten) in Südost waren bis 2015 lediglich 6 Straßen(abschnitte) in A-Kategorien eingestuft. Mit der neuen Systematik werden dies 101 Straßenabschnitte sein. Nähere Ausführungen mündlich.

Zu 2) Auch in der vorliegenden modifizierten Fassung finden sich zahlreiche Ungereimtheiten in der Einstufung. Bei derart gravierenden Vorgängen ist nach unserem Demokratieverständnis eine Beteiligung der betroffenen BürgerInnen unerlässlich.

Zu 3) Der Ortsbeirat Südost hält eine Beantwortung seines Beschlusses für seine weitere Arbeit für absolut erforderlich. Darüber hinaus ist der Magistrat unserer Meinung nach auch dazu verpflichtet.

Ergänzungsantrag der FDP- Fraktion:

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE ist wie folgt zu ergänzen:

- 4) Es soll eine neue Straßenreinigungssystematik unter Beteiligung der Bürger erarbeitet werden.
- 5) Die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes ist sicher zu stellen, ggf. auch durch die Anhebung der Gebühren.

Beschluss Nr. 0046

Beide Anträge antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
m.d.B. um weitere Veranlassung zur
Ziffer 2 übersandt (gem. Antrag)

Dezernat VII z.w.V.

Behr
Ortsvorsteherin